

**Abgeordneten-Büro Berlin:**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132  
E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de  
Internet: www.thomas-strobl.de

**Abgeordneten-Büro Heilbronn:**

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn  
Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/ 9824216  
E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de  
Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

## Die Früchte von Günther Oettingers Arbeit als Vorsitzender der Föderalismuskommission Föderalismusreform II im Bundestag

Was von Günther Oettinger in brillanter Detailarbeit vorbereitet wurde, beschäftigte diese Woche den Bundestag. In erster Lesung wurde das von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachte Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes beraten.



Ziel der Grundgesetzänderungen im Bereich der Finanzverfassung ist es, im Einklang mit den Vorgaben des reformierten europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes die institutionellen Voraussetzungen für die Sicherung einer langfristigen Tragfähigkeit der Haushalte von Bund und Ländern zu verbessern.

Mit Wirkung für das Haushaltsjahr 2011 sollen Neuregelungen zur Begrenzung der Kreditaufnahme – mit zeitlich befristeten Abweichungsregelungen – erstmals Anwendung finden. Dies ist die von Ministerpräsident Oettinger als Vorsitzendem der Föderalismuskommission hart erkämpfte „Schul-

denbremse“, die künftigen Generationen verlässliche Staatsfinanzen garantiert.



Für die Haushalte von Bund und Ländern wird der Grundsatz eines ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichenen Haushalts festgeschrieben.

Für den Bund ist diesem Grundsatz Rechnung getragen, wenn das strukturelle Defizit 0,35 vom Hundert des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreitet.

Für die Länder ist keine strukturelle Verschuldung zulässig. Abweichungen von diesem Grundsatz sind möglich zur Stabilisierung der Konjunkturerwicklung.

Durch den neu zu gründenden Stabilitätsrat wird ein System regelmäßiger Haushaltsüberwachung eingerichtet. Geschaffen wird zudem die verfassungsrechtliche Grundlage für eine Bund-Länder-Zusammenarbeit im Bereich der Informationstechnik sowie für das Zusammenwirken von Bund und

Ländern bei Leistungsvergleichen in der öffentlichen Verwaltung.

Auch soll der Bund zukünftig im Fall von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, auch ohne Gesetzgebungsbefugnisse Finanzhilfen gewähren.

Für den Zeitraum 2011 bis 2019 wird die Möglichkeit eröffnet, den Ländern Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein Konsolidierungshilfen der bundesstaatlichen Gemeinschaft zu gewähren.

#### WEITERE THEMEN DER WOCHE:



- 60 Jahre NATO
- Verbraucherschutz bei Telefonwerbung
- Bericht zur Maritimen Wirtschaft

Nähere Infos dazu können Sie in meinem Berliner Büro abrufen unter 030 / 227 72 542 oder auf der Homepage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einsehen ([www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)).

#### DER AKTUELLE KOMMENTAR VON THOMAS STROBL:



### ***Das Aus für Tauss***

Gestern Nachmittag lief die Meldung über die Ticker und steht heute in der Presse: Jörg Tauss, in den Verdacht krimineller Handlungen geratener SPD-Kollege aus dem Bundestag, verzichte auf Anraten, ja Drängen (Tauss selbst sprach von Mobbing) seiner Parteifreunde auf eine erneute Kandidatur für den Bundestag.

Die politische Karriere des gewichtigen Sozialdemokraten aus Baden ist damit beendet.

Tauss ist raus.

Kein Grund zur Häme zwar – zu traurig und ernst ist das Thema Kinderpornographie, das für den konkreten Fall die Folie liefert -, wohl aber Grund zur nüchternen Nachbetrachtung.

Gab es doch im Anfangsstadium der Ermittlungen unsäglich Vorwürfe des Rechtsanwalts von Tauss gegen meinen Immunitätsausschuss in Berlin. Anwalt Jan Mönikes, selbst ein SPD-Mitglied, hatte nach der Verhaftung seines Mandanten gegenüber der Presse erklärt, die Aktion gegen Herrn Tauss sei möglicherweise parteipolitisch motiviert. Der von mir geleitete Ausschuss habe wohl nur deshalb die Immunität von Tauss aufgehoben, weil ich als Ausschussvorsitzender in Personalunion CDU-Generalsekretär von Baden-Württemberg und damit direkter politischer Gegner von Tauss sei, der seinerzeit noch Generalsekretär der Landes-SPD war.

Die Unhaltbarkeit und Absurdität dieser Vorwürfe wurde zwar spätestens mit dem Geständnis von Tauss deutlich, kinderpornographisches Material tatsächlich besessen, gelagert und getauscht zu haben. Dennoch nötigte uns die vorausgegangene Anfeindung des Herrn Mönikes eine Pressemitteilung ab, in der wir erklären mussten, was sich eigentlich von selbst versteht.

Dass nämlich der Immunitätsausschuss des Bundestags wie immer nüchtern und objektiv vorgegangen ist.



(Symbol für vorurteilslose Gerechtigkeit: Die blinde Justitia)

Dass er ferner wie Justitia blind gegen die Person des in Verdacht geratenen Kollegen die Informationen der Staatsanwaltschaft geprüft und gewogen hat. Und dass er schließlich einstimmig (mit den Voten aller SPD-Mitglieder im Ausschuss) die Aufhebung der Immunität von Herrn Tauss beschloss – völlig zurecht, wie wir inzwischen alle wissen.

Zwar griff die Mehrheit der Presse den Parteilichkeits-Vorwurf von Anfang an nicht auf, oder zeigte sich wenigstens skeptisch. Dennoch bleibt es ein Ärgernis, dass Herr Mönikes überhaupt so reagierte und in typischer SPD-Krawallmanier erst mal um sich schlug und andere verdächtigte, statt sich mit seinem Mandanten zu besprechen, was wirklich Sache ist.

Dieser Reflex, auf andere zu schimpfen, um von eigenen Fehlern abzulenken, ist typisch für die Genossen und lässt für den bevorstehenden Wahlkampf wenig Gutes erahnen.

Immerhin: Jörg Tauss selbst, der nun auf das Ergebnis des gegen ihn eröffneten staatsanwaltlichen Verfahrens wartet, politisch aber bereits jetzt vor einem Scherbenhaufen steht, hat sich inzwischen für die Auslassungen seines Rechtsanwalts entschuldigt.

In einem Telefonat mit meinem Büro, zu dem er sich am Mittwoch, den 25. März veranlasst sah, versicherte er ausdrücklich, die Objektivität meines Ausschusses und meine eigene Korrektheit nie bezweifelt zu haben.

Nun, zumindest in diesem Punkt muss ich unumwunden sagen: Recht hat er!

#### NEWS VON MEINEM MITARBEITERTEAM:



Brigitte Standke aus Berlin.

Meine gute Seele im Hauptstadt-Büro beging diese Woche ein schönes Jubiläum. Sie feierte mit ihrem Mann Klaus, einem Jazz-Musiker, 23. Hochzeitstag. Glückwunsch und alles Gute für die nächsten 23 Jahre trauter Ehe-Zweisamkeit!



Christine Steinbrenner aus Heilbronn, die jüngste meiner Mitarbeiterinnen, konnte vor kurzem ihr Erstes Juristisches Staatsexamen mit Erfolg abschließen. Ab 1. April wird für sie der sog. juristische Vorbereitungsdienst beginnen. Gratulation dazu und viel Erfolg für die weitere Entwicklung. Als Mitarbeiterin in einer Nebentätigkeit mit Ausbildungsbezug bleibt sie mir glücklicherweise weiterhin erhalten.

#### TERMINE:

Im Wahlkreis und in Baden-Württemberg werde ich in den nächsten zwei Wochen u.a. auf folgenden Veranstaltungen anzutreffen sein:

2. April Firmenbesichtigung Elcom/Flein, und Gemeinderatssitzung/Heilbronn

3. April Planungs- und Verwaltungsausschuss Regionalverband/Heilbronn

6. April Tagung Agrarausschüsse Hohenlohe und Schwäbisch Hall/Eschentäl

7. April Arbeitsgespräch mit Unternehmern i.S. Novellierung Bundesdatenschutzgesetz

15. April drei Fachgespräche mit Experten zu den Themen Zukunft Beschützende Werkstätten, Elektrofahrzeuge, Turkish Round Table/Heilbronn

16. April Diskussion zur Alkoholpolitik des Bundes und zur Frage Prävention Alkoholmissbrauch/Stuttgart

17. April Treffen mit Vertretern Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken/Heilbronn

#### PRESSEMITTEILUNGEN:

## CDU lehnt Zusatzsteuer auf Wein und Bier ab

**Strobl:** „Das wäre das Aus für viele heimische Winzer.“



(Diese Säfte wollen die Sozis verteuern!)

Der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl MdB, bezeichnete die Forderung der SPD nach einer Zusatzsteuer auf Wein und Bier als ordnungspolitische Kamikazeforderung. „Wer in Zeiten der Krise mittelständische Unternehmen mit zusätzlichen Steuern schröpfen will, zeigt einmal mehr, dass er von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik soviel Ahnung hat wie ein Maulwurf vom Tageslicht.“ Die Mehrzahl der Winzer seien mittelständische Unternehmen. Gerade die kleinen und mittelständischen Betriebe würden in Zeiten einer globalen Wirtschaftskrise Arbeit und Beschäftigung sichern. Diese nun zusätzlich noch mit einer Weinsteuern zu belasten, sei unmoralisch wie irrsinnig, so der Generalsekretär weiter. „Typisch SPD:

Selbst in der Krise geht es vor allem um neue und höhere Steuern!“....

## „Wir dürfen die Vertriebenen nicht vergessen.“

**Mahnende Worte des CDU-MdB Thomas Strobl auf dem Kongress „Wandel durch Erinnerung“**

Unter dem Motto „Aussöhnung mit Deutschlands Entwurzelten: Politik für Heimatvertriebene und Spätaussiedler“ führte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin einen politischen Kongress durch. „Es war uns ein Anliegen, die allzu lange in der Mediendarstellung vernachlässigten Vertriebenen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken“, sagte Thomas Strobl, CDU.

Der direkt gewählte Heilbronner Bundestagsabgeordnete gehörte zu den entschiedensten Befürwortern dieses Kongresses, der aufzeigte, dass Deutsche in hohem Maße auch Opfer der Geschichte waren und nicht nur als Täter zu sehen sind.



(Das Schicksal von Millionen Deutschen nach dem 2. Weltkrieg: Verlust der Heimat und Flucht vor russischen Drangsalierungen.)

„Unsere Parteifreundin Erika Steinbach, die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, hat Recht, wenn sie einfordert, das Leiden der vor 60 Jahren ihrer Heimat beraubten Deutschen zu thematisieren. Dies tun wir entschlossen, mit Nachdruck, aber unter bewusstem Verzicht auf revanchistische Untertöne. Dass Vertreter der Linken vorgeben, solche Untertöne dennoch herauszuhören, ist dreist und faktenwidriges Wahlkampfgetöse“, so Thomas Strobl vehement...

**SCHLUSSWORT:**

**Liebe Leserinnen und Leser,**

morgen findet in Ludwigsburg der 58. CDU-Landesparteitag statt. Wir werden uns dort schwerpunktmäßig mit der inhaltlichen Vorbereitung auf die Kommunalwahlen und mit der Beratung allgemeiner Anträge befassen.

Der vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Thorsten Frei und mir federführend erarbeitete Leitantrag heißt „Heimat erhalten. Zukunft gestalten“ und beinhaltet unsere Leitsätze für die Kommunalwahl 2009.

Seine Beratung mit anschließender Beschlussfassung wird den Löwenanteil des Parteitages ausmachen, dem zunächst die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag vorausgeht.

Ich freue mich schon jetzt auf beide Veranstaltungen, zu der unser Landesvorsitzender und Ministerpräsident Günther H. Oettinger einlädt. Ebenfalls freue ich mich auf die Begegnung mit Ihnen, zu der es hoffentlich in großer Zahl kommen wird.



Meine Damen und Herren, es sind nur noch 184 Tage bis zur Bundestagswahl, 73 Tage bis zur Kommunal- und Europawahl und 57 Tage bis zur Wahl des Bundespräsidenten. Der Wahlkampf ist somit ab morgen eröffnet. Daumen hoch dafür und alles Gute für Sie!

Dies sagt und wünscht Ihnen herzlichst

*Herzliche Grüße,*